

Beschluss:

Der Rat

1. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, den Verkauf des südlichen Teils der Freibadwiese an einen privaten Investor, welcher Interesse an der Errichtung einer Einrichtung für gesundheitliche und soziale Zwecke hat, voranzutreiben. Der Verkaufswert des Grundstückes sollte dem Bodenrichtwert entsprechen,
2. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, bei der Bezirksregierung kurzfristig zur Februar-Sitzung des HFWA eine Stellungnahme zur möglichen Rückforderung von Fördermitteln im Falle einer Verlagerung der VHS einzuholen,
3. verweist auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die folgenden Punkte zur Beratung und abschließenden Beschlussfassung an den HFWA:
 - 3.1 Der Rat beauftragt den Bürgermeister zeitnah zu prüfen, ob neben der Einrichtung eines 5- oder 6-gruppigen Kindergartens mit Familienzentrum ebenfalls die Volkshochschule sowie die Stadtbücherei auf dieser Fläche untergebracht werden können. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Multifunktionsräume für die genannten Einrichtungen errichtet werden können, die auch durch die Musikschule als Unterrichts- und Proberäume genutzt werden könnten.
 - 3.2 Der Rat beauftragt den Bürgermeister, umgehend zu prüfen, ob die Einrichtung und der Betrieb der o.g. Einrichtungen durch die Stadt oder einen Investor wirtschaftlicher ist.
 - 3.3 Bei den Verhandlungen mit dem Investor oder Investoren sollte berücksichtigt werden, dass der Baumbestand auf dem Gelände weitestgehend erhalten bleibt. Zwischen den Gebäuden der Stadt und des privaten Investors soll eine Grünfläche entstehen, die als Außenbereich des Kindergartens, Mehrgenerationenplatz und kleine Parkanlage gestaltet wird.
 - 3.4 Der Rat beauftragt den Bürgermeister, ein Konzept zu erstellen, mit dem die gesamte Stadtverwaltung im direkten Umfeld des Rathauses konzentriert werden kann. Zu berücksichtigen ist dabei auch die anstehende Organisationsuntersuchung des Fachbereiches 4, in der dieser Aspekt mit untersucht werden sollte.
4. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, die Kosten für eine externe Beratung zu den unter 3.) genannten Punkten zu ermitteln und dem HFWA drei alternative Deckungsvorschläge zu unterbreiten,
5. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, mit dem Studentenwerk Bonn oder einem anderen geeigneten Investor über die Errichtung eines Studentenwohnheims auf der städtischen Fläche Adenauerallee/Bonner Straße zu verhandeln.